

Das Fremde und das Eigene: Wanderung, Wirtschaft und Kultur in Geschichte und Gegenwart.

**Vortrag von Prof. Dr. Klaus J. Bade
Univ. Osnabrück, IMIS / Neueste Geschichte
Klausurtagung des Niedersächsischen Kabinetts, Loccum, 1.3.2005**

Anrede:

Das Thema ist weit, die Zeit ist knapp, ich komme deshalb ohne Umschweife zur Sache. Ich bemühe mich dabei um eine Verbindung von wissenschaftlicher Fundierung und menschenfreundlicher Prosa. Was ich Ihnen – ressortübergreifend, wie es das Thema verlangt – vorstellen will, gliedere ich in drei Teile:

1. Historische Entwicklungslinien in Stichworten
2. Aktuelle Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben im Kontext von Wirtschaft, Bevölkerung und Wanderung
 - 2.1 Die Legende von der ungesteuerten Zuwanderung
 - 2.2 Arbeitswanderung und Wohlfahrtsstaat
 - 2.3 Zuwanderung, Wirtschaft und demographischer Wandel
3. Spielregeln für den Umgang mit Zuwanderung, Integration und kultureller Vielfalt
 - 3.1 Das Multikulti-Syndrom
 - 3.2 Das Schreckbild der ‚Parallelgesellschaften‘
 - 3.3 Das Gebot der Geduld
 - 3.4 Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung
 - 3.5 ‚Humankapital‘, Bildung und Ausbildung

1. Historische Entwicklungslinien in Stichworten

Deutschland als Wanderungsziel weckt Hoffnungen und Ängste. An seinen Grenzen kollidieren Träume und Alpträume: Es gibt die Träume derer, die draußen sind und vielleicht kämen, wenn sie könnten. Sie wecken drinnen Alpträume, daß die Fremden tatsächlich kommen und Teilhabe fordern könnten am vermeintlichen Glück in der Mitte Europas – obgleich dieses Glück, wie alle wissen, gerade auch von den Leistungen von Arbeitswanderern und Einwanderern abhing und in Zukunft noch mehr abhängen wird.

Hinter der Angst vor dem Fremden steht die Angst um das Eigene, um Arbeitsplatz, soziale Lage und jene kulturelle Identität, von der viele reden und wenige wissen, was sie damit eigentlich konkret meinen – und die doch auf geeignete Weise auf den Begriff zu bringen ist, ob nun als regionale, als nationale oder als europäische Identität oder, wie ich meine, in dieser Trias insgesamt, bei der die eine Ebene zwar in die nächst höhere eingebunden ist, ohne aber vollends darin aufzugehen oder dadurch ersetzt zu werden.

Starke Einwanderungen, insbesondere über größere kulturelle Distanzen hinweg, wecken in der Tat bei Einheimischen oder früher Zugewanderten nicht selten als Identitätsprobleme umschriebene Ängste. Damit stehen die Deutschen nicht allein. Aber sie haben aus historischen Gründen eine prekäre Selbstbeschreibung, die es nicht eben leichter macht, die nötigen Spielregeln für Einwanderung und Eingliederung im eigenen Land zu formulieren.

Soziale und kulturelle Ängste aber sind nicht zu verharmlosen oder gar herablassend in vermeintliche Schranken zu weisen. Sie sind vielmehr immer ernst zu nehmen, weil sie eine eigene Beschreibungsform gesellschaftlicher Realitäten sind:

Zweifelsohne: Bewegungen von Menschen über Grenzen können zu kultureller Bereicherung führen. Aber erstens muß das nicht so sein und zweitens ist der Weg zu solcher Bereicherung nur im sozialromantischen Märchen eine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit war und ist die interkulturelle Herausforderung oft auch bestimmt durch Spannung, Reibung und Konflikt.

Das gilt in aller Regel nur auf Zeit, mitunter aber auf sehr lange Zeit. Und das tröstet diejenigen wenig, die in der entsprechenden Zeit leben; denn man kann dem Bürgermeister, der über ethno-soziale Probleme in einem

Zuwandererviertel klagt, nicht beschwichtigend sagen: ‚Warten Sie doch eine Generation, dann wird alles wieder gut!‘ Aber man muß das Verständnis wecken für die lange Dauer von Integrationsprozessen, die gerade in den Anfängen mitunter auch belastend wirken. Darauf komme ich noch zurück.

Dabei könnten gerade die Deutschen sehr erfahren, pragmatisch und geradezu gelassen gegenüber den Problemen von Migration und Integration sein. Denn sie könnten in dieser Hinsicht unendlich viel aus ihrer eigenen Geschichte lernen. Sie haben sie nur bedauerlicherweise entweder vergessen oder aber erst gar nicht unter der Leitperspektive von Migration und Integration kennen gelernt:

In der Geschichte haben Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland in ungewöhnlich großer Zahl buchstäblich alle denkbaren Erscheinungsformen des grenzüberschreitenden Wanderungsgeschehens und seiner Folgen erlebt: Auswanderungen, Einwanderungen und Transitwanderungen; Arbeitswanderungen von Deutschen ins Ausland und von Ausländern nach Deutschland; Flucht- und Zwangswanderungen von Deutschen ins Ausland und von Ausländern nach Deutschland – von Deutschen als Opfern und von Deutschen als Tätern, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen.

Außerdem kannte die Geschichte der Deutschen nicht nur die Wanderung von Menschen über Grenzen, sondern auch die Bewegung von Grenzen über Menschen hinweg. Sie kannte aber auch die Ausgrenzung von ›Fremden‹ innerhalb der eigenen Grenzen. Und sie kannte die Jagd auf zu Fremden erklärte Menschen und die systematische Ermordung von zu feindlichen fremden ‚Untermenschen‘ erklärten Menschen innerhalb der eigenen Grenzen, vor allem aber nach deren gewaltsamer Expansion im östlichen Europa – Juden, Sinti, Roma und andere.

Und genau dieser düstere lange Schatten der eigenen Geschichte liegt oft noch immer über vielem, was in Deutschland mit Mehrheit und Minderheiten, mit der Begegnung des Eigenen mit dem Fremden und mit den dazu nun einmal nötigen Spielregeln zu tun hat – für die man sich dennoch ein für andere verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen muß; denn sonst wissen die Newcomer nicht, wie es um Selbstverständnis und Grundwerte der Aufnahmegesellschaft steht und woran sie sich orientieren können. Auch davon wird noch zu reden sein.

Aber die deutsche Geschichte reicht bekanntlich weit über ihre düstersten 12 Jahre zurück. Und es ist lehrreich und deshalb lohnend, sich das auch unter den Leitaspekten von Migration und Integration in Erinnerung zu rufen. Ich habe dazu selber ziemlich viele Darstellungen auf den verschiedensten Ebenen geschrieben oder herausgegeben (s. Anlage): auf der lokalen Ebene (Stadt und Landkreis Osnabrück zum Beispiel), auf der regionalen Ebene (Niedersachsen zum Beispiel), aber auch auf der nationalen und auf der europäischen Ebene sowie in der transatlantischen Dimension.

Immer häufiger greifen auch sozialwissenschaftliche Migrations- und Integrationsforscher auf die Arbeiten von Historikern zurück; denn die geläufige Frage nach empirischen ‚Erfahrungen‘ oder ‚Lehren‘ aus dem Verlauf und den Ergebnissen von Integrationsprozessen zielt logischerweise immer nur auf abgeschlossene – und damit auf historische Prozesse. Sie zu kennen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine sachgemäße und nüchterne Justierung der empirischen Ergebnisse über aktuell laufende Integrationsprozesse; sonst hängen solche, in der Regel mit hohem Kostenaufwand beigebrachte Ergebnisse buchstäblich in der Luft – weil man die lange Zeitachse nicht im Blick hat, auf der sie sich bewegen.

Wir bereiten dazu derzeit in einem von mir initiierten – vom Netherlands Institute for Advanced Study der Kgl. Niederl. Akademie der Wissenschaften (NIAS), dem Wissenschaftskolleg zu Berlin, der Fritz Thyssen Stiftung und der schweizerischen Stiftung Bevölkerung – Migration – Umwelt (BMU) geförderten – europäischen Großprojekt mit einem 20köpfigen internationalen Beirat, einem Dutzend Länderkoordinatoren, 4 Herausgebern, 2 Redakteuren und knapp 300 Autoren eine ‚Europäische Enzyklopädie Migration – Integration – Minderheiten seit der Mitte des 17. Jahrhunderts‘ vor.

Darin soll die unglaubliche Vielzahl von räumlichen Bevölkerungsbewegungen in der Kulturgeschichte Europas in einer auch für eine weitere Öffentlichkeit geeigneten Form überblickt werden – von den französischen Hugenotten in Preußen, den Niederlanden und England damals bis z.B. zu den Türken in verschiedenen Ländern der EU oder den Juden aus der GUS in Deutschland heute. So Gott und die Autoren wollen, wird diese Enzyklopädie 2006 in deutscher und 2007 in englischer Sprache zugänglich sein.

Aber auch für die teils direkte, teils indirekte Rolle des Staates bei der Steuerung von Migration und bei der mehr oder minder fördernden Begleitung von Integrationsprozessen bietet die Geschichte – auch die deutsche Geschichte – eine unerahnte Fülle von Orientierungshilfen. Vor dem

Hintergrund der mit der europäischen Enzyklopädie gemachten Erfahrungen arbeite ich deshalb gerade an einem Antrag an den Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung auf Förderung eines auf drei Jahre angelegten Forschungsprojektes über Migration und Staat in der neueren deutschen Geschichte.

Auf einige der in diesem einleitenden Überblick angesprochenen Grundfragen komme im weiteren noch zurück.

2. Aktuelle Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben im Kontext von Wirtschaft, Bevölkerung und Wanderung

2.1 Die Legende von der ungesteuerten Zuwanderung

Es gibt in der deutschen Migrationsdiskussion die nicht tot zu kriegende Legende von der über Jahrzehnte hinweg ungesteuerten Zuwanderung über die deutschen Grenzen. Sie lebt vom jahrzehntelang mangelnden Realitätsbezug der deutschen Migrationspolitik oder dem, was darunter verstanden wurde. Und sie lebt von einem in Deutschland fest verankerten negativen Migrationsbegriff: Zuwanderung als Bedrohung von außen.

Der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat), dessen Stellvertretender Vorsitzender (nach Rita Süßmuth) ich bis zu unserer Abberufung durch Otto Schily am 23. Dezember 2004 war, hat in seinem Jahresgutachten 2004¹ erstmals detailliert nachgewiesen, wie umfangreich und tiefgestaffelt das Steuerungssystem für Migration in der Bundesrepublik Deutschland von Anbeginn an war. Es funktionierte auf zweierlei Weise: einerseits direkt im Sinne explizit formulierter Ziele über den Umfang oder auch die Zusammensetzung der Zuwanderung und andererseits indirekt im Sinne von politischen und administrativen Interventionen, die nicht direkt auf Zuwanderung zielten, sich aber auf sie auswirkten – mit oft nicht intendierten Folgen.

Das Kernproblem lag darin, daß es kein umfassendes, in sich schlüssiges Gesamtkonzept gab. Deshalb kam es nicht selten zu Doppelungen hier und Vernachlässigungen dort, aber auch zu eklatanten Fehlsteuerungen – eben weil man den Gesamtzusammenhang als solchen nicht im Auge hatte und

1 Klaus J. Bade/C. Kannengießer/G. Landsberg/H. Putzhammer/R. Süßmuth/G.G. Wagner, Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) der Bundesregierung, Berlin, Oktober 2004.

deshalb die Folgen der getroffenen Entscheidungen nicht überblicken konnte.

Solche Fehlsteuerungen ergaben sich auch bei der auf den Arbeitsmarkt bezogenen Zuwanderungssteuerung. So war z.B. der Anwerbestopp von 1973, wie ich wohl seinerzeit als erster – ergebnislos – herausgestellt habe, ein Bumerang; denn er stellte die Zuwanderer abrupt vor die Frage: auf Dauer bleiben oder auf Dauer gehen. Das verstärkte nur den ohnehin laufenden Familiennachzug, d.h. die Verlagerung des familiären Lebensmittelpunktes ins Aufnahmeland und damit den Wandel von ‚Gastarbeitern‘ zu echten Einwanderern – insgesamt also ein wesentlich hausgemachtes Problem.

Die appellative Formel ‚Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland‘ bot hier keinen Ausweg aus dem nur unseren Gesetzen entsprechenden Anschlußhandeln; denn die gesellschaftliche Wirklichkeit wird nicht verändert durch die Erklärung, daß nicht sein kann, was nicht sein darf: Wer als Ausländer im Lande bleibt, arbeitet und nicht gegen unsere Gesetze verstößt, der erwirbt auf der Zeitachse einen immer festeren Aufenthaltsstatus und wachsende soziale und wirtschaftliche Rechte. Davon wir gleich noch zu reden sein.

Der immer sichtbarer wachsenden Einwanderungssituation aber wurde nicht entsprochen durch langfristig angelegte Integrationspolitik, wie das seinerzeit u.a. auch von mir immer wieder – vergeblich – gefordert wurde. Das war verhängnisvoll; denn seit den 1950er Jahren waren überwiegend Ungelernte und Geringqualifizierte nach Deutschland geholt worden, weil seinerzeit nach der – durchaus nicht unumstrittenen – Auffassung einer Mehrheit von Verantwortungsträgern in Wirtschaft und Politik ein Bedarf an solchen Kräften am Arbeitsmarkt bestand. Als viele dieser Arbeitsplätze aus konjunkturellen oder auch strukturellen Gründen entfielen, war der Wechsel von Daueraufenthalten zu echten Einwanderungssituationen schon in vollem Gange. Und er wurde, wie gezeigt, durch den Anwerbestopp noch beschleunigt.

Was dabei viel zu lange fehlte, waren klar formulierte Integrationsperspektiven mit einem unmißverständlichen Angebots- und Forderungskatalog, beruflich-sozial z.B. verbunden einerseits mit entsprechende Qualifikationsangeboten an die ‚Gastarbeiter‘ und ihre Familien und andererseits mit einem gewissen Qualifikationsdruck auf diese Gruppe – etwa im Sinne der heutigen Leitlinie ‚Fördern und Fordern‘.

Historiker sind es gewohnt, gelegentlich auch ‚kontrafaktisch‘ (‚was wäre gewesen, wenn...?‘) zu argumentieren, alsdann: Was wäre wohl gewesen, wenn man den Arbeitswanderern von Anbeginn an eine bestimmte, durchaus mehrjährige Befristung gegeben hätte, deren Hürde nur unter zwei Bedingungen zu überspringen gewesen wäre: 1. in Deutschland erworbene aussichtsreiche berufliche Qualifikation und 2. zureichende mündliche und schriftliche Sprachkenntnisse im Deutschen, um gerüstet zu sein, wenn die warme Sonne des wirtschaftlichen Wachstums einmal hinter düsteren Wolken verschwinden oder aber Umstrukturierungen im Produktions- und Dienstleistungsbereich zum Verlust von Arbeitsplätzen für An- und Ungelernte führen würden? Logo: Es ginge heute allen Beteiligten besser. Aber das gilt eben nicht nur ex post; denn solche Forderungen hat es seinerzeit sehr wohl gegeben – aber sie wurden herablassend belächelt und sind heute vergessen, so daß vor wenigen Jahren wieder hier einmal das Rad neu erfunden werden mußte.

Dieses lang anhaltende Defizit hat entscheidend dazu beigetragen, den sozialen Aufstieg der zweiten und offenbar besonders der dritten Generation stark zu verlangsamen. Davon wir gleich noch zu reden sein.

2.2 Arbeitswanderung und Wohlfahrtsstaat

Im deutschen Wohlfahrtsstaat wurde außer Kraft gesetzt, was mein Münchner Kollege Werner Sinn (ifo-Institut für Wirtschaftsforschung) als die migratorisch selektive Funktion der Arbeitsmarktmechanismen² umschreibt:

Zu einer ‚Gastarbeiter‘-Existenz, also zur Existenz eines Arbeitswanderers auf Zeit, gehört eine hohe Fluktuation: Ist Arbeit vorhanden, kommen Arbeitskräfte auf Zeit ins Land. Fehlt es an Arbeit, wandern sie zurück, weil sie die Lebenshaltungskosten im Aufnahmeland nicht bestreiten und die Sparziele ihres Aufenthalts erst recht nicht realisieren können. Zur Pufferfunktion im Wechsel von Krise und Aufschwung kommt also auch noch der Export von Arbeitslosigkeit zugunsten des einheimischen Arbeitskräftepotentials. Das ist für das Aufnahmeland ein bequemer, sich selbst regulierender Automatismus am Arbeitsmarkt – wenn er denn funktioniert.

In der Bundesrepublik Deutschland aber lagen die wohlfahrtsstaatlichen Sozialtransfers der Selbstselektion der Migrationsprozesse quer, zumal nicht unterschieden wurde zwischen Einwanderern und Arbeitswanderern auf Zeit. Trotz mancherlei Abschreckungsmechanismen und Drohgebärden – wie der Ausweisungsmöglichkeit bei Sozialhilfebezug – hatten ausländi-

² Vgl. Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, 3. Aufl. München 2003.

sche Arbeitswanderer, deren zunächst befristeter Aufenthalt perspektivlos immer wieder verlängert und schließlich entfristet wurde, zunehmend Zugang zu den sozialen Leistungssystemen.

Am Ende waren aus Arbeitswanderern mit Daueraufenthalt De-facto-Einwanderer mit allen wirtschaftlichen und sozialen Rechten geworden. Von den deutschen Einwohnern im Lande trennten sie schließlich in der Regel nur mehr das aktive und passive Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene. Das hat verständlicherweise auch die Neigung zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geschwächt – warum soll ich auf etwas Wichtiges verzichten, wenn ich nichts anderes für mich entscheidend Wichtiges hinzugewinne? Überdies haben sich viele auf diese Weise generationenübergreifend an ein Leben als De-facto-Einwanderer ohne politische Partizipation gewöhnt.

Solche Überlegungen treffen sich auch mit einer Einschätzung der langjährigen Ausländerbeauftragten von West-Berlin, Barbara John, die in ihrer kleinen integrationspolitischen Weihnachtsbotschaft im Tagesspiegel am 27. Dezember 2004³ geschrieben hat: „Mehr staatliches Geld auf Probleme ‚werfen‘, das war und ist scheinbar noch immer das Allheilmittel, wenn Entwicklungen nicht wunschgemäß verlaufen. Wenn mehr Geld wirklich helfen würde, dann dürfte es den Integrations-Rückstand in Nord-Neukölln gar nicht geben, weil in diese Region schon viel mehr Finanzen geflossen sind als in Stadtteile mit geringerem Migrantenteil. [...]“

Integration durch Bildung und Arbeit war für Migranten in Deutschland immer nur ein Angebot, nie eine Notwendigkeit, der man nicht ausweichen konnte. Es gab und gibt den Ausweg, auch ohne Aufstieg durch Bildung und Arbeit finanziell abgesichert zu leben, nämlich mit Hilfe öffentlicher Mittel. [...] Wie wäre es mal mit einem Konzept, not made in Germany: großzügig mit der Erlaubnis zur Arbeit und knauserig mit der Sozialhilfe?“

Ich sehe hier, auch im Blick auf die von Brüssel aus neu angestoßene Diskussion um die künftige Gestaltung von Arbeitswanderungen in die EU, in der Tat Handlungsbedarf, bei dem wir uns aber vielleicht doch etwas mehr an den Erfahrungen der klassischen Einwanderungsländer orientieren sollten: Sie bieten in der Regel für einen längeren Zeitraum, über bestimmte Grundleistungen hinaus, keinen Anspruch auf die uns bekannten staatlichen oder kommunalen Sozialleistungen – und sie sind trotzdem bei Einwande-

3 Barbara John, Großzügig mit Hilfe knausern: Für Migranten muß Integration eine wirtschaftliche Notwendigkeit werden, in: Tagesspiegel, 27.12.2004.

rem deutlich beliebter als das paradoxe, weil ebenso widerwillige wie spendable Einwanderungsland Deutschland.

2.3 Zuwanderung, Wirtschaft und demographischer Wandel

Deutschland ist, so haben wir im Jahresgutachten 2004 des Zuwanderungsrates gesagt, um sein Wohlstandsniveau zu erhalten, auf qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Damit diese Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sind einerseits Qualifikationsanstrengungen nötig. Andererseits ist generell eine größere Flexibilität bei Angebotsengpässen auf dem Arbeitsmarkt nötig.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit brauchen wir eine gezielte – und deswegen bei Zuwanderungsdruck immer auch begrenzte – arbeitsmarktorientierte und dabei möglichst qualifizierte Zuwanderung. Dieser Bedarf wird noch wachsen mit den demographischen Engpässen am Arbeitsmarkt, mit denen ab 2010 oder schon früher zu rechnen ist. Dabei sollte es heute unnötig sein, immer wieder aufs Neue den hinreichend widerlegten naiven Gedanken abzuweisen, man könnte durch Zuwanderung die langfristigen Folgen der demographischen Veränderungen als solche abfangen. Man kann sie nur abfedern, um damit Zeit zu gewinnen für die – wie schon im ‚Manifest der Sechzig: Deutschland und die Einwanderung‘ 1994 warnend vorausgesagt – bei Zeitverzug immer einschneidenderen Reformen, für die Zuwanderung ohnehin kein Ersatz sein kann.⁴

Der Zuwanderungsrat hat dazu ein flexibles Modell einer arbeitsmarktorientierten „Engpaßdiagnose“ für Zuwanderungsbedarf mit nur im Bedarfsfalle zu öffnenden und sorgsam immer wieder neu abzustimmenden Kontingenten vorgelegt, das bemerkenswerterweise von Wirtschaft und Gewerkschaften sogleich als mutiges Konzept akzeptiert wurde. Es kam aber, zu Zeiten der ‚Opelkrise‘ im Oktober 2004, zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt in die öffentlich Diskussion, wurde als schlichtes Zuwanderungskonzept mit Quoten mißverstanden und ging im innenpolitischen Abwehrlamento unter. Das Punktesystem war schon im Vermittlungsausschuß aus dem Zuwanderungsgesetz gestrichen worden. Mit ihm fiel der von Bundesinnenminister Schily schon vorab, im März 2003 einberufene, in meinem Gutachten zur Behördenstruktur für die Unabhängige Kommission Zuwanderung⁵ 2001 angeregte und im Gesetz zu nahe an das Punktesystem gerückte, hochrangig angesetzte (anfangs sogar dem Rat der ‚Wirt-

4 Klaus J. Bade (Hg.), Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung, München 1994.

5 <http://www.zuwanderung.de>

schaftsweisen' gleichgestellte) Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) mit seinem weitgespannten Gutachternetz.

Jetzt geht es, ohne unabhängigen Sachverständigenrat und zum Mißvergnügen der unternehmerischen Wirtschaft, im Prinzip antiquiert weiter mit den hochbürokratischen Verfahren von Anwerbestopp und Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung (ASAV). Absehbar ist, wohin das in einigen Jahren führen wird: cum grano salis just zu dem, was wir 2004 schon gefordert haben, ebenso sicher dann ohne Bezug auf unser Jahresgutachten; denn Besserwisser pflegen nur beliebt zu sein, wenn sie des Irrtums überführt werden können.

Ich habe mich als Politikberater mit inzwischen schon jahrzehntelanger ‚Fronterfahrung‘ längst an dergleichen gewöhnt und erinnere z.B. schon gar nicht mehr daran, daß ich schon vor einem Vierteljahrhundert immer wieder, vor den Folgen der schon damals in die Jahre gekommenen Gestaltungsversäumnisse warnend, ein Zuwanderungsgesetz mit klaren Zuwanderungs- und Integrationsperspektiven angemahnt habe, um die für Migrations- und Integrationsforscher absehbaren Probleme zu mindern. Die Versäumnisse haben, nur folgerichtig, zu den unnötigen Belastungen geführt, mit denen wir heute in Sachen Migration und Integration konfrontiert sind. Heute abermals erkennbare und wiederum negierte Handlungszwänge werden zweifelsohne in absehbarer Zeit zu den längst überfälligen Kursänderungen führen. Dann freilich wird abermals noch mehr Lehrgeld von allen zu bezahlen sein. So ist das mit den politisch schwer umsetzbaren Lernprozessen in Sachen Migration und Integration – nicht in diesem Land.

Nur die Zuwanderungsüberschüsse und die zunächst hohen Geburtenzahlen der Zuwandererbevölkerung haben uns bislang vor dem Durchschlagen der seit 1972 laufenden demographischen Schrumpfung der inländischen Bevölkerung in absoluten Zahlen bewahrt. Das ändert sich rapide:

Einerseits sinken in Generationenschritt die anfangs hohen Geburtenziffern der Zuwandererbevölkerung und passen sich zunehmend derjenigen der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund an. Auch das ist eine – im Blick auf die im einschlägigen Jargon als ‚Altenberg‘ bzw. ‚Rentenlast‘ umschriebenen Probleme zweifelsohne weniger erwünschte – Form der Integration.

Andererseits schrumpfen auch die Zuwanderungen nach Deutschland: Im Jahr 2003 sank die Zahl der Zuzüge mit rund 769.000 erstmals seit 1991 unter die Marke von 800.000. Dem standen 626.000 Fortzüge entgegen.

Netto lag der Wanderungsüberschuß 2003 bei nur noch 143.000 Personen. Das waren 76.000 weniger als 2002. Und für 2004 rechnet die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, gar nur mehr mit einem Wanderungssaldo von 70.000 bis 80.000 Personen.⁶

Was 2004 tatsächlich passiert ist, werden wir – wegen der komplizierten Berechnungswege des Statistischen Bundesamtes – erst Anfang 2006 sicher wissen. Aber daß es demographisch demnächst beschleunigt abwärts geht, steht außer Zweifel – die Frage ist nur: wie stark und wo mehr bzw. wo weniger.

Der emeritierte und derzeit unter schriftstellerischer Mithilfe von Frank Schirrmacher in der FAZ⁷ lehrende Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, ist als Demograph ein vorzüglicher Sachkenner, als selbst-ernannter Kulturphilosoph aber mitunter ein wunderlicher Geisterseher. Er hat im November 2004 eine zum Teil scharfsichtige Einschätzung des aktuellen demographischen Wandels publiziert, der ich hier ein Stück weit folgen will – mit der gebotenen Distanz gegenüber seinen kulturphilosophisch klingenden, zwischen Huntington und Spengler siedelnden, düsteren Menetekeln über den Untergang der deutschen Kultur im ebenso diffusen wie explosiven Brei einer sog. „Multiminoritätengesellschaft“, die in Wirklichkeit vor allem zeigen, daß er von der Eigendynamik intergenerativer Integrationsprozesse zu wenig versteht:

„Unabhängig vom zeitlichen Beginn der Schrumpfung auf Bundesebene ergeben sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Schrumpfungsbegins zwischen den Bundesländern, Regionen und Gemeinden, wobei folgende Fakten bereits unumstößlich sind:

- a) In den neuen Bundesländern ist die Schrumpfung bereits seit der Wiedervereinigung im Gange, während die westlichen Bundesländer, insbesondere Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, noch etwa ein bis zwei Jahrzehnte Bevölkerungszuwächse verzeichnen werden, und zwar sowohl durch Einwanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland als auch gegenüber den anderen Bundesländern.
- b) Die Bevölkerungsveränderungen vollziehen sich nicht linear, d.h. die Schrumpfung führt nicht zu einer Abnahme der Bevölkerungszahlen in den Gemeinden, Regionen und Ländern entsprechend einer linearen

⁶ Meldung ddp, 17.1.2005.

⁷ Frank Schirrmacher, Dreißig Jahre nach zwölf: Visa, Pisa und Demographic. Ein Grundkurs für Anfänger, in: FAZ, 21.2.2005; Start der Artikelserie von Herwig Birg ebenda, 22.2.2005.

Maßstabsverkleinerung. Vielmehr hat der demographische Wandel stets Gewinner und Verlierer zur Folge.

- c) Nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Verschiebungen der Altersstruktur sind – je nach der Höhe der Geburtenrate und der Wanderungssituation – von extremen regionalen Unterschieden geprägt [...].
- d) Die für die Gemeindefinanzen wichtigen Ausgaben für Sozialhilfe hängen entscheidend von der Zahl der Ausländer bzw. unabhängig von der rechtlichen Staatsangehörigkeit von der Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund und damit von der Wanderungsposition jedes Landes und jeder Gemeinde ab.

Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung betrug beispielsweise 1999 in Baden-Württemberg 12,5% und in Niedersachsen 6,7%. Der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern war jedoch weit höher, als es dem ausländischen Bevölkerungsanteil entspricht, nämlich 26,3% in Baden-Württemberg bzw. 22,8% in Niedersachsen. Auf der Ebene der Gemeinden ist die Diskrepanz zwischen dem Anteil der Ausländer an der Bevölkerung und ihrem Anteil an den Sozialhilfeempfängern wesentlich höher als auf der Ebene der Länder oder auf Bundesebene. So lag der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 1999 beispielsweise in Stuttgart bei 24,5% und in Hannover bei 15,1%. Aber der Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger an allen Sozialhilfeempfängern betrug in Stuttgart 40,1% und in Hannover 40,7%.⁸

Aber die Grenzen zwischen ‚Demographie und Demagogie‘⁹ dürfen nicht verschwimmen und die Demographie als im Kern sehr beschränkte, wörtlich nur auf die ‚Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung‘ ausgerichtete und doch mittelbar alle Lebensbereiche tangierende Teilbereichsdisziplin der Soziologie hat, wie die gerade in einem großen DFG-Projekt aufgearbeitete Fachgeschichte abermals zeigt, schon manchen Fachgenossen zu dem Mißverständnis geführt, sich in fast allen Lebensbereichen für zuständig zu halten:

Was in solcher Argumentation beharrlich übersehen wird, sind die wirtschaftshistorischen Leistungen der früheren ‚Gastarbeiterbevölkerung‘, die längst zu einem festen Bestandteil der Bevölkerung in Deutschland gewor-

8 Herwig Birg, Dynamik der demographischen Alterung und Bevölkerungsschrumpfung. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen in Deutschland, in: Gesellschaft ohne Zukunft? Bevölkerungsrückgang und Überalterung als politische Herausforderung. Sinclair-Haus-Gespräche 22, Bad Homburg v.d.H. Nov. 2004, S. 12–26.

9 So der Titel des Weinheimer Gesprächs der Freudenberg Stiftung am 22./23.3.2005.

den ist: Sie ist lange nicht etwa direkt ‚in die Sozialsysteme eingewandert‘, sondern aus den genannten Gründen erst später, insbesondere nach dem ‚Anwerbestopp‘, und zum größten Teil wider Willen dahin gelockt bzw. abgedrängt worden. Das hat nichts mit verklemmtem Bemühen um ‚political correctness‘ zu tun. Worum es geht, ist vielmehr dies: Wenn man im Blick auf bestimmte Bevölkerungsgruppen Klage führt, sollte man die Hintergründe der Klage nicht verschweigen, andernfalls kann die Klage von der betroffenen Bevölkerungsgruppe als denunziative Anklage verstanden werden – und das ist besonders in einer Einwanderungssituation, in der es stets auf ein Mindestmaß an gesellschaftspolitischer Sensibilität ankommt, immer problematisch.

Das sieht auch Werner Sinn so, wenn er schreibt, „daß es in der Vergangenheit zu viel Zuwanderung von gering Qualifizierten gab, die von den Leistungen des Sozialstaates angeregt wurde. Das darf man aber nicht den Zuwanderern vorwerfen. Das Problem liegt eher bei der Politik, die es versäumt hat, einer Zuwanderung in den Sozialstaat den Riegel vorzuschieben. [...] Desgleichen kann man nur der Politik selbst vorwerfen, daß sich in den letzten dreißig Jahren viele gering qualifizierte Deutsche von den Zuwanderern in den Sessel drängen ließen, den der Sozialstaat für sie bereit hielt“.¹⁰

Die frühere ‚Gastarbeiterbevölkerung‘ hat überdies im Gegensatz zu den hier nicht im einzelnen zu verfolgenden Birgschen Berechnungen – nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch Blick auf die Sozialkassen und die sog. öffentlichen Güter – lange deutlich mehr eingebracht als entnommen, wie verschiedene im Anhang zum Jahresgutachten des Zuwanderungsrates erreichbare Gutachten, insbesondere des deutschen Ökonomen von Löffelholz und des österreichischen Demographen Faßmann¹¹ gezeigt haben, die ich hier in der Zusammenfassung des nicht beteiligten Migrationsforschers Santel vom Landeszentrum Zuwanderung NRW in Solingen kurz vorstelle:

„Zusammenfassend kommen die Untersuchungen zu einer positiven Bewertung der volkswirtschaftlichen Folgen der Zuwanderung nach Deutschland. Sie lassen gleichzeitig keinen Zweifel daran, daß der Effekt abnimmt, je geringer die Qualifikation der Migrantinnen und Migranten ist. Da sich nur ein Teil der Einwanderung nach Deutschland gemäß Qualifikationskriterien steuern läßt – Familien- und Spätaussiedlermigration haben ihre

¹⁰ Werner Sinn, Sieben Wahrheiten über die Zuwanderung (ifo Standpunkt Nr. 60, München, 29.11.2004).

¹¹ <http://www.zuwanderungsrat.de>

Grundlagen in rechtlichen und humanitären, nicht in wirtschaftlichen Erwägungen – sprechen sie sich für eine duale Zuwanderungsstrategie aus:

1. Alle Arbeitsmarktprognosen erwarten einen Trend hin zu steigender Nachfrage nach Hochschul- und Fachhochschulabsolventen sowie abnehmender Nachfrage nach Geringqualifizierten. Eine arbeitsmarktorientierte Politik sollte daher die Zuwanderung von Geringqualifizierten begrenzen und die von Hochqualifizierten aktiv forcieren.
2. Viele in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten haben Potentiale, die fahrlässigerweise brachliegen. Gelänge es, ihr Qualifikationsniveau auf das der ansässigen deutschen Bevölkerung anzuheben, könnte der Staat mit zusätzlichen Steuer- und Beitragseinnahmen in Milliardenhöhe rechnen.¹²

Was im Übrigen bei der steten und für viele Zuwanderer empörend denunziativ klingenden Klage über die sozialen Kosten der Zuwanderung ebenfalls oft übersehen oder verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß es in Deutschland nicht nur Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger mit Migrationshintergrund gibt, sondern auch eine stark wachsende Zahl von durch Migranten geführten Unternehmen. Ihre Zahl hat sich seit den 1980er Jahren vervielfacht: Allein die rund 57.000 Unternehmer und Unternehmerinnen türkischer Herkunft investierten in Deutschland 2002 insgesamt 6,5 Milliarden Euro und machten mit ihren 290.000 – in zunehmendem Maße auch deutschen – sozialversicherten Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 26 Milliarden Euro.¹³

Der demographische Faktor aber muß in jedem Falle in seinen regional und kommunal ganz unterschiedlichen Folgewirkungen für jedwede Planung auf allen Ebenen einbezogen werden. Das reicht von den Sozialsystemen über die Arbeitsmarktpotentiale bis hin zu den Immobilienpreisen.

Wer sich hierzu einen für eine weitere Öffentlichkeit gedachten, regional detaillierteren Überblick verschaffen will, sei hingewiesen auf die vom Berlin-Institut für Demographie herausgegebene Schrift „Deutschland im Jahr 2020“.¹⁴ Die dramatischen Umbrüche in den neuen Bundesländern – vereinfacht: das Abrücken des Menschen und das Nachrücken der Natur –

12 Bernhard Santel, Landeszentrum für Zuwanderung NRW, Wissenschaft kurz gefaßt! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung, Nr. 3. 2004, Internet: www.lzz-nrw.de

13 Achmed Güler, Chancen und Potenziale nutzen – Türkische Unternehmer/innen in Deutschland, Vortrag im Rathaus Osnabrück, 3.2.2005.

14 Berlin-Institut für Demographie (Hg.), Deutschland im Jahr 2020, Berlin 2003.

wird hier zum Teil unter drastische feuilletonistische Überschriften gepackt, wie z.B. für die sächsische Oberlausitz unter die Überschrift: „Der Mensch geht – der Wolf kommt!“ Dazwischen liegen zahllose Pleiten im öffentlichen und privaten Bereich.

Auch Niedersachsen wird – ohne Wolfsperspektiven – prospektiv analysiert. Für unser Land lautet die demographisch paradoxe Überschrift: „Starke Überalterung und ungewöhnlicher Kinderreichtum“ – aber eben mit gewaltigen regionalen Diskrepanzen. Überrascht ist nur, wer Niedersachsen nicht kennt:

Eine Unterüberschrift verkündet: „Niedergang im Südosten“. Gemeint ist der tendenzielle wirtschaftliche Verfall im Zeichen von Arbeitsplatzabbau, Abwanderung und Sterbefallüberschüssen der relativ alten Gesamtbevölkerung in den fünf Kreisen des Weserberglandes und in der Harzregion: Osterode war im Jahr 2000 mit 21,9 Prozent über 65jährigen Menschen der demographisch ‚älteste‘ Landkreis Deutschlands überhaupt.¹⁵

Aber Niedersachsen ist bekanntlich ein Land nicht nur der kulturellen, sondern auch der demographischen Vielfalt. Eine andere Überschrift im Bericht des Berlin-Instituts verkündet denn auch: „Kindersegen im Westen“ bzw. „Nachwuchsfrage gelöst“.

Ministerpräsident Wulff hat im Januar 2005 beim Neujahrsempfang der IHK Osnabrück-Emsland, im Anschluß an eine auf die düsteren Perspektiven der demographischen Schrumpfung und die damit verbundenen Herausforderungen abstellende Festrede von Herwig Birg tröstend von der derzeitigen positiven Aufbruchstimmung im Lande und davon gesprochen, daß der Großraum Osnabrück-Emsland davon ausgehen könne, daß die Bevölkerung durch weiteren Zuzug sogar leicht steige. Auch die Zahl der Arbeitsplätze sei gestiegen. Wenn auch Bayern immer noch vor Niedersachsen liege, so „spüren die Bayern schon unseren Atem im Nacken.“¹⁶

Demographisch betrachtet, hecheln die Bayern sogar bereichsweise schon hinter den Niedersachsen her, wie der Bericht des Berlin-Instituts zeigt: „Im Westen Niedersachsens, einer überwiegend katholischen Region, die von der Landwirtschaft geprägt ist, werden die relativ meisten Kinder Deutschlands geboren. Sieben der acht Kreise mit den höchsten Kinderzahlen je Frau liegen hier. Erst auf Platz acht folgt der bayerische Kreis Unterallgäu. Den deutschen Rekord hält Cloppenburg mit einer Fertilitäts-

¹⁵ Ebd., S. 30f.

¹⁶ Osnabrücker Sonntagszeitung, 23.1.2005.

rate von 1,92. Deutschlandweit bekommen die Frauen im Mittelwert lediglich 1,37 Kinder.“¹⁷

Über die Rolle von Katholizismus und Landwirtschaft in der ‚Fertilitätskonkurrenz‘ von Westniedersachsen und dem Kreis Unterallgäu will ich hier nicht rechten. Das ‚0,37 Prozent-Kind‘ kann einem dabei nur leid tun und die ‚Fertilitätsrate‘ gehört eigentlich eher in die Schweinezucht – aber der Fachjargon der Kollegen von der Demographie ist nun einmal etwas unelegant.

Ich möchte es hier bei dem Appell an alle in der politischen Handlungsverantwortung Stehenden – von der Kommunalbehörde bis zur Landes- und Bundesregierung – belassen, bei ihren Planungen die langfristig wirkenden demographischen Faktoren im Rahmen aller dazu verfügbaren Daten näher einzubeziehen, um üble Überraschungen in Grenzen halten zu können. Solche üblen Überraschungen müssen für niemanden, der sich informiert, unerwartet sein. Sage deshalb später niemand abermals, das alles habe man in unserer Gegenwart, die dann Geschichte sein wird, doch gar nicht wissen bzw. absehen können. Es gibt keinen Anlaß zur Hysterie, aber Anlaß zu umsichtiger und nüchterner, zu verantwortungsvoller und mutiger, auf die verfügbaren Erkenntnisse gestützter, langfristiger Zukunftsplanung. Alles andere wird schon bald im Rückblick aus der Zukunft auf unsere Gegenwart als opportunistische Kurzsichtigkeit bewertet werden; denn die Folgen der langfristig laufenden demographischen Prozesse gewinnen ständig an eigendynamischer Kraft.

3. Spielregeln für den Umgang mit Zuwanderung, Integration und kultureller Vielfalt

Spielregel 1: Das Multikulti-Syndrom

Man muß immer zweierlei auseinander halten: Konzept und Prozeß, also Gestaltung und Entwicklung. In den Konzeptbereich gehören die Maßnahmen, die auf Steuerung und Begrenzung zielen. In den Entwicklungsbereich gehört auch die Eigendynamik von Migrations- und Integrationsabläufen, die nur bedingt steuerbar ist.

Darum ist die neue/alte Diskussion über ‚Multikulti‘ dann abwegig, wenn Politik und gesellschaftliche Realität verwechselt werden: Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto ein Land mit kultureller Vielfalt geworden,

¹⁷ Ebd., S. 33.

ob man das nun so wollte oder nicht. Was für die politische Gestaltung zählt, ist die gesellschaftliche Realität, die man in einem liberalen Rechtsstaat nicht rückwirkend verändern kann.

Wenn heute gesagt wird ‚der Multikulturalismus‘ sei gescheitert, dann können damit ja nicht die realen gesellschaftlichen Verhältnisse gemeint sein, sondern nur jene sozialromantischen Konzepte, die in Deutschland – im Gegensatz zu den Niederlanden – doch nie wirklich Regierungspolitik waren, von mancherlei rhetorischen bzw. publizistischen Liebäugeleien einmal abgesehen. Was aber die gesellschaftliche Entwicklung selber angeht, so war schon vor langer Zeit klar erkennbar, daß, wie eingangs erwähnt, der Weg zur kulturellen Vielfalt alles andere sein würde als jene fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies.

Daß das den Niederländern erst relativ spät aufgefallen ist, hat damit zu tun, daß man in den Niederlanden – im Gegensatz Deutschland – in der Tat lange aktiv ein Multikulturalismus-Konzept als regierungsamtliche Praxis verfolgt hat. Es war das sog. Säulen-Modell, in das man noch eine Säule ‚Ethnizität‘ hineingestellt hatte – was dann das Auseinanderdriften in Minderheiten („minorisation“) nur noch mehr beförderte. Deswegen war das Erwachen aus diesem Traum um so härter (Paul Scheffer).

Aber die deutschen Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, haben diesen Traum nie geträumt. Sie haben vielmehr in Sachen Migration und Integration lange entweder Alpträume gehabt oder überhaupt nicht geträumt und nur tief geschlafen und dabei auch manche Handlungschance verschlafen. Deswegen sollte man aber beim Aufwachen das eigene Sichtfeld nicht ohne Not mit dem der Niederländer verwechseln.

Spielregel 2: Das Schreckbild der ‚Parallelgesellschaften‘

Unzureichend bewußt ist vielen Zeitgenossen in diesem Land, auch Wissenschaftlern und Politikern, offenkundig noch immer, daß Integration ein Prozeß ist, der grundsätzlich beide Seiten verändert, die Aufnahmegesellschaft wie die Zuwandererbevolkerung – von der allerdings ein bei weitem höheres Maß an Anpassung zu erwarten und zu fordern ist.

Die – einst von meinem Bielefelder Kollegen Heitmeyer durch etwas vorschnelle Begriffsübertragung aus dem amerikanischen in den deutschen Kontext angeschobene – Diskussion um sog. ‚Parallelgesellschaften‘ die, wie in der Vorweihnachtszeit, immer wieder neu aufbricht, schafft oft mehr Unklarheit als Klarheit:

Soziale Brennpunkte entstehen im Einwanderungsprozeß nicht automatisch dort, wo Einwanderer in großer Zahl zusammenkommen, sondern dort, wo Einwanderungsprobleme und/oder ethnische Probleme mit sozialen Problemen zusammentreffen. Und auch das muß noch nichts mit ‚Parallelgesellschaften‘ zu tun haben. Für das gesellschaftliche Krisenkonglomerat einer ‚Parallelgesellschaft‘ im eigentlichen Sinne des Wortes müssen in Wirklichkeit mehrere Faktoren zusammentreten: eine monokulturelle Identität, ein freiwilliger und bewußter sozialer Rückzug auch in Siedlung und Lebensalltag, eine weitgehende wirtschaftliche Abgrenzung und eine Doppelung der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, bis hin zu eigenem ‚Rechtssystem‘ und Strafvollzug.

Keine Frage: Der internationale fundamentalistische Terrorismus ist eine dramatische Gefahr. Aber das ist nicht nur ein sicherheitspolitisches Problem, sondern auch ein Problem der Ursachenbekämpfung. Und die Ursachen liegen zweifellos nicht Deutschland selbst; abgesehen einmal von den von der Justiz zweifelsohne zu lange – mit vermeintlich interkulturell informierten Samthandschuhen – zu sanft behandelten schwerstkriminellen mafiotischen ‚Ethno-Clans‘. Sie haben tatsächlich längst echte Strukturen von abgeschotteten ‚Parallelgesellschaften‘ ausgebildet, bis hin zu eigenen sog. ‚Friedensrichtern‘ und Strafvollziehern anstelle von Recht und Gesetz.

Die friedliche Koloniebildung im Einwanderungsprozeß hat – von vereinzelt erkennbaren und aufmerksam zu beobachtenden fließenden Grenzen einmal abgesehen – mit solchen „Parallelgesellschaften“ in der Regel sehr wenig zu tun: ‚Klein-Istanbul‘ ist oft nicht mehr und nicht weniger, als es ‚Little Germany‘ in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts war.

Was viele Deutsche heute nicht mehr wissen: Eine Fülle historischer Quellen zeugt von den nicht enden wollenden amerikanischen Klagen über diese Deutschen, die sich angeblich nicht integrieren könnten und wollten, die im sog. ‚deutschen Mittelwesten‘ vielleicht sogar die amerikanische Kultur überformen und die Amerikaner in ihrer deutschen Kultur integrieren wollten, die ständig in ihre ‚deutschen‘ Viertel einwanderten und die zum Teil in der dritten Generation noch immer im Englischen radebrechten. Und die Katholiken unter ihnen galten gar als eine Art konfessioneller Hoch- und Landesverräter – für die ‚White Anglo-Saxon Protestants‘ ebenso schlimm wie die irischen Katholiken.

Und was geschah? Aus den eingewanderten Deutschen in Amerika, ob nun protestantisch oder ‚Landesverräter‘, wurden in der zweiten Generation Deutsch-Amerikaner und in der dritten Generation Amerikaner deutscher Herkunft, von denen sich viele, zumal in den späteren Generationen, gar

nicht mehr erinnern konnten oder wollten, woher ihre Vorfahren ursprünglich gekommen waren.

Das illustriert ein kleines Reiseerlebnis aus der Gegend jenes ehemaligen ‚Deutschen Mittelwestens‘, des ‚German Midwest‘: Ich war dort 1977 einmal von Bloomington/Indiana aus unterwegs auf der Suche nach dem Ort ‚New Harmony‘. Das ist eine ursprünglich einmal von frommen südwestdeutschen Siedlern (Rappisten) unter dem Dorfnamen ‚Harmonie / Harmony‘ gegründete und später von dem englischen Sozialreformer Robert Owen gekaufte und in ‚New Harmony‘ umgetaufte Siedlung, die heute noch besteht.

Als mir das Benzin auszugehen drohte, nahm ich eine Abfahrt in eine kleine Stadt. Da fielen mir Reklameschilder mit deutschen Firmennamen auf, wie etwa ‚Richard Muller’s Fast Food – Take Away‘ oder ‚Rent a Car with the Kalbfleisch Brothers‘...– Ich fragte den Tankwart aus dem Wagenfenster: ‚I’m astonished about all that German names in your village‘, worauf der Amerikaner kopfschüttelnd entgegnete: ‚Wow, I never noticed that!‘ Da fragte ich ihn: ‚And what is your name, Sir?‘ Er antwortete entrüstet: ‚My name is Schmid, Sir, and this is a damned old American name!‘

Auf seine Weise hatte der brave Tankwart schon Recht damit; denn irgendwann sind ja alle Vorfahren, selbst die der Indianer, einmal in Amerika eingewandert. – Die Lehre:

Spielregel 3: Das Gebot der Geduld

Man braucht viel Geduld für die Beobachtung und Einschätzung von Integrationsprozessen; denn Integration ist ein lange dauernder Kultur- und Sozialprozeß. Er ist für den Einwanderer eine lebenslange Aufgabe und übersteigt nicht selten sogar die lebensgeschichtliche Dimension – daher die inzwischen auch in Deutschland gängige Rede von den Einwanderern der zweiten und sogar der dritten Generation.

Es geht also weniger um das Schreckbild von ‚Parallelgesellschaften‘, denen freilich dort, wo sie sich tatsächlich abzeichnen, unnachgiebig Einhalt zu gebieten ist. Es geht vielmehr darum, die richtige Mitte zu finden zwischen Forderung und Bereitschaft: Auf der einen Seite steht die nötige Forderung nach der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer und nach ihrem erkennbaren Bemühen, dem Aufnahmeland nicht durch eigene Versäumnisse zur Last zu fallen. Auf der anderen Seite aber muß die eigene Bereitschaft stehen, sich in den Umgang mit kultureller Vielfalt einzuüben:

Die Amerikaner sprechen hier von ‚Diversity‘ unter einem gemeinsamen Dach. Das gilt heute auch für viele deutsche Firmen, von denen Politik in diesem Land einiges lernen könnte. Aber das besagte gemeinsame Dach sollte man schon beschreiben können. Sonst wissen die Einwanderer und am Ende auch die Einheimischen nicht mehr, woran sie mit Zuwanderung und Integration eigentlich sind. Und eben das verstärkt dann nur die eingangs angesprochenen sozialen und kulturellen Ängste und Abwehrhaltungen.

Die Amerikaner haben in Sachen ‚diversity‘ allerdings zwei Momente für sich, die brüskierende Diskussionen über eingewanderte Minderheiten begrenzen und von denen wir lernen könnten: Man hat in den Vereinigten Staaten wie in Kanada einen positiven Migrationsbegriff: Einwanderer sind Helfer von außen, die jährlich in großer Zahl zugelassen und auch gezielt angeworben werden, um die Wirtschaft in Gang zu halten, von den vorwiegend illegal zugewanderten ‚Hispanics‘ einmal abgesehen. Man sucht sich dabei im Rahmen des Möglichen die Besten und Paßfähigsten aus, nicht selten übrigens in Deutschland selbst. Und dafür hat man Gesetze – auch wenn der Handlungsspielraum wegen des freien Familiennachzugs deutlich kleiner geworden ist. Und man hat in den USA das ‚ethnic vote‘, das Wahlrecht einer großen Zahl von Zuwanderern im Land. Das begrenzt aggressive politische Redensarten über Einwandererminderheiten.

In Deutschland haben wir dagegen einen negativen Migrationsbegriff: Zuwanderung als Bedrohung von außen. Und die meisten im Lande lebenden Einwanderer und ihre Nachfahren sind nach wie vor Ausländer und deshalb nicht wahlberechtigt. Man stelle sich vor, aus der deutsch-türkischen Bevölkerung hätte rund eine Million als Staatsbürger das Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene in Deutschland – und würde es auch ausüben in aktiver politischer Partizipation. Dann würde hier sicher früher und anders über den Islam diskutiert worden sein.

Ich will mich in diesem Zusammenhang auf den Hinweis beschränken, daß die verzögerte Einbürgerung auch damit zu tun hat, daß wir über Jahrzehnte hinweg keine nationale Einbürgerungskultur mit klarem Forderungskatalog entwickelt haben – bis hin aktuelle zu der wichtigen Schöne-mannschen Vereidigungsformel bei der Einbürgerung.¹⁸ (Ich hätte dabei nur einen kleinen Verbesserungswunsch, nämlich im Schlußpassus nicht nur von dem ‚deutschen Staat‘, sondern schlicht noch einmal von ‚der

¹⁸ Wortlaut: „Ich schwöre, daß ich als deutscher Staatsangehöriger das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was dem deutschen Staat schaden könnte. (So wahr mir Gott helfe)“: Verfassungseid bei Einbürgerung. Niedersachsen startet Initiative im Bundesrat, in: Berliner Zeitung, 17.1.2005.

Bundesrepublik Deutschland' zu sprechen; denn es geht ja um unsere föderale Republik, die sich einem liberalen und demokratischen Rechtsstaat organisiert hat und weniger um den Staat als solchen oder gar allein, was bei etatistisch denkenden Zeitgenossen zu dem Mißverständnis führen könnte, daß Rechtsbrüche hier nur dann von Belang seien, wenn sie gewissermaßen ‚Staatsverbrechen' sind.)

Spielregel 4: Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung – Grenzerfahrungen

Was das neue Zuwanderungsgesetz anbelangt, so ist, trotz mancher Schwächen und absehbaren Umsetzungsprobleme, festzuhalten: Migrations- und Integrationspolitik sind in einem Einwanderungsland Zentralbereiche der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik. Vor diesem Hintergrund ist dieses Gesetz, als Teil der Reformpolitik, ein erheblicher Schritt voran. Wie groß und folgenreich dieser Schritt war, wird man erst in einigen Jahren ermessen können.

Die Handlungsspielräume für Zuwanderungssteuerung aber sind begrenzt. Das hat seinen Grund u.a. in der ohnehin laufenden starken, derzeit wohl noch bei 100.000 bis 150.000 Personen pro Jahr liegenden Zuwanderung mit Bleibeabsicht unter dem Schutz der Gesetze.

Da war qualitätsorientiert bislang wenig zu steuern. Das fängt beim Familiennachzug an und geht über Spätaussiedler und Asylsuchende weiter bis zu Juden aus der GUS.

Das neue Zuwanderungsgesetz eröffnet hier gewisse Steuerungsmöglichkeiten – z.B. bei den Spätaussiedlern durch die Sprachprüfungen auch für mitreisende Familienangehörige nichtdeutscher Herkunft.

Der Handlungsspielraum für Steuerung könnte insgesamt größer werden, wenn sich der stark rückläufige Trend bei der Zuwanderung von Asylsuchenden und Spätaussiedlern (einschließlich ihrer in der Statistik, als Deutsche, nicht nachvollziehbaren Weiterwanderung, z.B. nach Kanada) fortsetzen, die Rückwanderung in die Türkei zunehmen und auch die neuerdings unter Druck geratene Zuwanderung von Juden aus der GUS schrumpfen sollte. Aber das ist noch nicht zureichend abzusehen.

Die Chancen zur Steuerung von Zuwanderung sind also derzeit noch sehr begrenzt. Um so wichtiger ist es, bei Migrations- und Integrationspolitik die folgenden Punkte zu beachten:

- a) Man sollte bei künftigen Zuwanderungen im wohlverstandenen Eigeninteresse im Rahmen des Möglichen mehr auf die beruflich-soziale Paßfähigkeit und damit vor allem auf die Qualifikation von Zuwanderern achten. Die muß nicht immer erst mühevoll und teuer hierzulande nachgebessert werden. Sie kann auch im Ausland schon vorbereitet werden. Das gilt auch für Spätaussiedler und Juden.
- b) Katastrophenseher taugen nicht als Visionäre der Integrationspolitik; ebenso wenig aber auch Politiker, die in Ihrer verantwortlichen Handlungsbereitschaft in der Legislaturperiode nur bis drei zählen können oder wollen – weil im vierten Jahr schon wieder Wahlkampf ist; denn Integrationspolitik sollte pragmatisch sein, weite Perspektiven und einen langen Atem haben. Sie sollte selbstbewußt sein und eine möglichst klare, für alle Seiten unmittelbar verständliche Sprache sprechen.

Im Rückblick auf die Geschichte der Integration von Zuwanderern in Deutschland ergibt sich bei solch nüchterner Bestandsaufnahme, daß Deutschland – trotz vieler Mängel im Integrationskonzept und mancher Verzögerungen Integrationsprozeß – nach wie vor durchaus ein Erfolgsmodell ist, das sich vor keinem anderen Land in Europa verstecken muß; selbst wenn die Bilanz in einigen Bereichen nur die Einschätzung zuläßt: ‚Es hätte schlimmer kommen können‘.

- c) Wo es klemmt, da sollte nach der Maßgabe ‚Fördern und Fordern‘ nachgebessert werden im Sinne des von mir – zugegebenermaßen in einem offensichtlich schon fast an die neudeutsche Schriftsprache erinnernden semantischen Schwächeanfall – angestoßenen Konzepts der ‚nachholenden Integration‘. Für den begrifflichen Unfall will ich mich gerne entschuldigen, an dem nötigen und m.E. bislang nicht ausreichend umgesetzten Konzept selber halte ich fest. Man kann aber auch mit großzügig bemessener und vor allem bedarfsorientierter ‚nachholender Integration‘ immer nur einige und keineswegs etwa alle Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren.
- d) Man sollte deshalb solche Versäumnisse bei der Erstintegration tunlichst vermeiden und deshalb die vom Zuwanderungsgesetz eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten im Zweifelsfalle lieber zu generös als zu zurückhaltend nutzen.

Spielregel 5: ‚Humankapital‘, Bildung und Ausbildung – begründbare Zukunftsangst

Bei dem vielzitierten ‚Kampf um die besten Köpfe‘ sollten wir beachten, daß das im Saldo für Deutschland derzeit mehr ein Verlustgeschäft ist: In starkem und offenkundig zunehmendem Maße wandern viele unserer ‚besten Köpfe‘ dauerhaft ins Ausland ab. In der Zuwanderung überwiegt nach wie vor die Zahl von unzureichend Qualifizierten. Und viele der weltweit Besten machen inzwischen einen Bogen um dieses Land. Deshalb droht Deutschland in der Konkurrenz um die ‚besten Köpfe‘ selber ein ‚Brain drain‘-Fall zu werden.

Der ‚Kampf um die besten Köpfe‘ aber ist nicht nur eine Frage der migratorischen Konkurrenz. Er muß auch im Inneren geführt werden. Und das gilt nicht nur für die Elitenförderung. Wir müssen tiefer ansetzen:

Das führt zu einem letzten Punkt – dem absurden Umgang mit dem eigenen und dem zugewanderten ‚Humankapital‘ in Deutschland: Wir müssen denjenigen unter uns, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund, die leistungsfähig und leistungsbereit sind, aber keine entsprechenden oder nicht die hier gültigen formellen Abschlüsse erworben bzw. mitgebracht haben, geeignete Hilfestellungen bieten, damit sie einen ihrem Leistungsvermögen entsprechenden Platz in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen können.

Die Schulen müssen aufhören, vor allem neutrale Schiedsrichter über Leistungen zu sein. Sie müssen mehr zum Generieren von Leistungen selbst beitragen. Dazu müssen sie freilich auch besser ausgestattet werden.

Ich bin ein Gegner des Schlechtredens unserer Schulen. Ihre Lehrkräfte leisten extreme Schwerstarbeit unter steigenden Herausforderungen und zwar nicht mit wachsenden, sondern oft mit stagnierenden, zum Teil sogar schrumpfenden Mitteln und für die interkulturelle Herausforderung oft mangelhaften Handreichungen.

Aber wir haben bundesweit ein problematisches, weil sozial blindes sog. ‚meritokratisches‘ Bildungssystem.¹⁹ Es ist ein System, das bei dem Bemühen um die gleiche Bewertung von gleichen Leistungen zu wenig den un-

¹⁹ Hierzu zuletzt: Frank-Olaf Radtke, Die Illusion der meritokratischen Schule. Lokale Konstellationen der Produktion von Ungleichheit im Erziehungssystem, in: Klaus J. Bade/Michael Bommes (Hg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche (IMIS-Beiträge, H. 23), Osnabrück 2004, S. 143–178.

gleichen sozialen Hintergrund berücksichtigt, vor dem diese Leistungen erbracht werden oder eben nicht erbracht werden können.

Das kostet uns jährlich zahllose Opfer an den Schulen und schon im vorschulischen Bereich. In keinem anderen Land Europas schlägt die soziale Herkunft der Kinder so unmittelbar auf ihre schulischen Leistungen durch wie in Deutschland. Am härtesten betroffen sind dabei, wie wir und andere nachgewiesen haben, die Kindern aus Zuwandererfamilien. Das widerspricht grundlegend den geradewegs umgekehrten Erfahrungen z.B. in Kanada und Neuseeland, wo die Zuwandererkinder zum Teil sogar besser abschneiden als die einheimischen – was wesentlich, aber eben nicht nur mit der ja nur eingeschränkt möglichen Auswahl an Zuwanderern zusammenhängt.

Wir können und dürfen uns diese menschlich, sozial und volkswirtschaftlich unsäglich törichten und verhängnisvollen Opfer an den Schulen nicht länger leisten, zumal es hinreichend Abhilfevorschläge gibt. Nur ein Beispiel sei genannt: Kinder mit kultur- und milieubedingten Lernschwierigkeiten – unter ihnen viele Zuwandererkinder – sollten nach Möglichkeit nicht wegen erwiesener Leistungsschwäche erst mal nicht versetzt und dann an die Sonderschulen delegiert werden. Es wäre besser, Sonderschullehrer nachmittags an den regulären Schulen einzusetzen, damit sie nach Rücksprache mit den Klassenleitern einschlägig benachteiligten, aber entwicklungsfähigen Schülern vor Ort die zu Hause fehlende Hilfestellung zukommen lassen können.

Aber damit nicht genug. Es geht nicht nur um das Lernen für das Leben in der Schule, sondern auch um das lebenslange Lernen und auch gibt es für Deutschland im europäischen Vergleich nach Maßgabe des Eurostat-Jahrbuchs 2004 erheblichen Nachbesserungsbedarf.²⁰

Wir haben mithin allen Anlaß, darüber nachzudenken, ob diese prekäre Leistungsbilanz ausreichen kann, um in der besagten Konkurrenz um die ‚besten Köpfe‘ in der Zukunft zu bestehen – wenn wir nicht am Ende darauf angewiesen sein wollen, Bildung und Qualifikation verstärkt über Migration zu beziehen. Das aber wäre eine kulturelle und kulturpolitische Bankrotterklärung.

20 Lebenslanges Lernen in der EU, in: DGB Bildungswerk, Newsletter Akzeptanz: Europa, Nov. 2004.

Zitierte Literatur (in der genannten Reihenfolge)

Klaus J. Bade/C. Kannengießer/G. Landsberg/H. Putzhammer/R. Süßmuth/G.G. Wagner, Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) der Bundesregierung, Berlin, Oktober 2004.

Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten, 3. Aufl. München 2003.

Werner Sinn, Sieben Wahrheiten über die Zuwanderung (ifo Standpunkt Nr. 60), München, 29.11.2004.

Barbara John, Großzügig mit Hilfe knausern: Für Migranten muß Integration eine wirtschaftliche Notwendigkeit werden, in: Tagesspiegel, 27.12.2004.

Herwig Birg, Dynamik der demographischen Alterung und Bevölkerungsschrumpfung. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen in Deutschland, in: Gesellschaft ohne Zukunft? Bevölkerungsrückgang und Überalterung als politische Herausforderung. Sinclair-Haus-Gespräche 22, Bad Homburg v.d.H. Nov. 2004, S. 12–26.

Berlin-Institut für Demographie (Hg.), Deutschland im Jahr 2020, Berlin 2004.

Klaus J. Bade (Hg.), Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung, München 1994.

Bernhard Santel, Landeszentrum für Zuwanderung NRW, Wissenschaft kurz gefaßt! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung, Nr. 3. 2004, Internet: www.lzz-nrw.de

Frank-Olaf Radtke, Die Illusion der meritokratischen Schule. Lokale Konstellationen der Produktion von Ungleichheit im Erziehungssystem, in: Klaus J. Bade/Michael Bommes (Hg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche (IMIS-Beiträge, H. 23), Osnabrück 2004, S. 143–178.

Lebenslanges Lernen in der EU, in: DGB Bildungswerk, Newsletter Akzeptanz: Europa, Nr. 2. 2004, 22.11.2004.

Eigene Titel zur allg. Orientierung: Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, C.H. Beck, München 2000, 510 S.; 2. Ausg. (TB) 2002 (ital. Übers. 2001; franz. Übers. 2002; engl. u. span. Übers. 2003); ders./Jochen Oltmer, Normalfall Migration, Schriftenreihe Zeitbilder der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004 (für weitere eigene Bücher s. das beigelegte bilbibliographische Faltblatt).